

ich-bin-sauarm-Preis: €0,50
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: €1
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: €100
REVOLUTION
unabhängige kommunistische Jugendorganisation ★ Nummer 23
I G8
Afrika:
500 Jahre Ausplünderung
500 Jahre Freiheitskampf!
www.revolution.de.com

Mobilize

Samstag, 17. März
Veranstaltung zur baskischen Jugendbewegung
20 Uhr, Mansteinstr. 10, U-Bhf Yorckstraße
Im Anschluss Konzert mit Conexión Musical!
☛ www.revolution.de.com

Sonntag, 18. März
Kongress zum Tag der politischen Gefangenen
16.30 Uhr, Bröcklerhaus, Berlin-Kreuzberg
☛ www.political-prisoners.net/18maerz

Sonntag, 25. März
Demo gegen den EU-Gipfel in Berlin
14 Uhr, Alexanderplatz, Berlin
☛ www.anti-eu.info

Samstag, 2. Juni
Großdemonstration gegen den G8-Gipfel
☛ www.g8-2007.de
☛ www.antig8.tk

6.-8. Juni
G8-Gipfel in Heiligendamm bei Rostock
☛ www.g-8.de (offizielle Seite)

Café Rojo

Das rote Jugendcafé in Schöneberg/Kreuzberg
★ jeden Freitag um 17 Uhr in der Roten Insel ★
Mansteinstr. 10 ★ U+S-Bhf Yorckstraße

16.3.: Todesfasten
Von 2000 bis 2007 wehrten sich linke Gefangenen in der Türkei mit einem „Todesfasten"

23.3.: Europa des Kapitals
Eine Mobilisierungsveranstaltung für die Demo gegen den EU-Gipfel am 25. März

30.3.: Coke tötet!
Paramilitärs in Kolumbien töten GewerkschafterInnen bei den Abfüllanlagen von Coke

6.4.: Ungdomshuset
Das linke Jugendzentrum in Kopenhagen wurde geräumt, was heftige Proteste auslöste

Änderungen vorbehalten!

☛ www.caferojo.de.vu

Ein paar Worte vom Layouter...

Der G8-Gipfel in Heiligendamm rückt immer näher. Der Hass auf die G8 wird unter linken Jugendlichen universell.

Afrika wird ein zentrales Thema beim G8-Gipfel sein. Wohltätigkeitsorganisation machen uns ständig darauf aufmerksam, wie die Menschen in Afrika leiden. Aber sie sagen wenig darüber, wie die Probleme gelöst werden können. Klar ist wohl, dass Spenden und die leeren Versprechen der G8-Politiker nicht reichen werden.

Mit dieser Zeitung wollen wir klar machen, dass eine Revolution auch fürs „schwarze Kontinent" Hoffnung bietet.

Berlin, 12. März 2007

Liebe Revo...

Gegen das World Economc Forum

Zum wiederholten Male traf sich ein Teil der herrschenden Elite in Davos, im ruhigen Hinterland Schweiz, um sich im gemütlichen Dialog ein wenig näher zu kommen, neue und profitable Geschäftsbeziehungen einzugehen und die globale Ausbeutung noch ein Stückchen besser koordinieren zu können.

Alles wirklich so idyllisch? NEIN, weit gefehlt! Tausende von Menschen, die ihren Unmut gegen das WEF kundtaten und mehere Anti-WEF Aktionen in verschiedenen schweizer Städten und Davos veranstalteten, zeigten somit deutlich, dass nicht alle mit der Politik dieser Elite und dem kapitalistischen Ausbeutungssystem einverstanden sind! Das ach so ruhige „Hinterland" musste mit einem massiven Einsatz an Militär und Polizeikräften ruhig gehalten werden...



In Basel fand am 27.01. eine grosse Anti-WEF-Demo statt. Über 2.000 Menschen nahmen an dieser Demonstration teil. Protestiert wurde in den verschiedensten Formen: kreativ, bunt und vorallem laut! Wir von REVOLUTION Schweiz waren natürlich auch dort, und protestierten, mit der Unterstüzung einiger Genossen von REVOLUTION Germany, lautstark und internationalistisch gegen das Mördertreffen in den Bündner Bergen. Dabei machten wir klar, dass der einzige Ausweg aus diesem ausbeuterischen System eine internationale Revolution und der Aufbau des Kommunismus ist. Denn allein gegen die Auswüchse des Systems zu protestieren reicht nicht – erst die revolutionäre Abschaffung dieses verbrecherischen Systems kann ein sinnvolles und erstrebenswertes Ziel sein!!!

REVOLUTION Schweiz | www.revolution.ch.tc

Anti-G8-Weekend in Berlin

Nur noch drei Monate bleiben bis zum G8-Gipfel in Heiligendamm und um möglichst viele Menschen auf die Straßen zu bringen, muss die Mobilisierung schon jetzt beginnen. Zu diesem Zweck veranstaltete die Jugendorganisation REVOLUTION im Berliner Mehringhof ein Anti-G8-Weekend, an dem über 40 junge AktivistInnen - nicht nur aus Berlin, sondern auch aus Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg – teilnahmen.

Das Wochenende begann mit kurzen Vorträgen über die Geschichte der G8 und der Anti-G8-Proteste. Mit WTOpoly wurde dann das Funktionieren der Weltwirtschaft nachgespielt: Konzerne ziehen von Land zu Land und die anonyme Kommission der Welthandelsorganisation WTO sichert, dass sie überall Profite machen.

Das von der BUNDjugend erfundene Spiel verlief beim Anti-G8-Weekend dann aber etwas anders als sonst. Da die SpielerInnen und BeobachterInnen am Rande kommunistische Jugendliche waren, wurde im Verlauf spontan die Revolution Kolumbien ausgerufen und die dort ansässigen Konzerne enteignet. Ungeplante und unerwartete Faktoren griffen ins Spiel ein: die Konzerne mussten Paramilitärs zu Hilfe holen, die WTO sah sich zu Verhandlungen mit einer revolutionären Regierung gezwungen, und schlussendlich versank das Ganze in Chaos (wie die echte Weltwirtschaft).

von Wladek aus Kreuzberg | Artikel geht weiter auf: http://de.indymedia.org/2007/03/170170.shtml



I hate G8

„Anfang Juni kommen die Staats- und Regierungschefs der acht mächtigsten Länder für ein Gipfeltreffen in Heiligendamm in Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Fast 100 Millionen Euro sollen dazu vergeudet werden, DemonstrantInnen vom Gipfel fern zu halten. Die „Gruppe der 8", kurz G8, ist verhasst, denn ihre Gipfel sind ein Symbol für die Misere der Welt."

Den internationalen Aufruf gegen die G8 von REVOLUTION gibt es auf Englisch, Deutsch, Tschechisch und Spanisch auf unserer Website:

www.irevolution.int.tc

REVOLUTION-Hochschulbulletin

Das zweiseitge Bulletin wird an verschiedenen Unis ausgelegt und bei Studentenprotesten verteilt. Man kann es runterladen unter:
☛ www.revolution.de.com/pdf/hsb0.pdf



Preis: Spende – oder auch nicht.

REVOLUTION

unabhängige kommunistische Jugendorganisation ★ Hochschulbulletin 25.01.07

Kämpfen wie in Frankreich!

Französische Jugendliche geben ein Beispiel, wie wir die Angriffe auf unsere Rechte zurückschlagen können!

Ein Gespenst geht um in den deutschen Hochschulen – das Gespenst der „französischen Verhältnisse"!

Protestversammlung der Studis rufen nach „französischen Verhältnissen", während Hessens Ministerpräsident, Roland Koch von der CDU, lächelnd vor der Presse verspricht, dass es in Deutschland „keine französischen Verhältnisse" geben wird.

Aber was heißt das genau? Es heißt, dass der Widerstand von unten die Angriffe von oben zurückschlägt.

Was war eigentlich geschehen?

Letztes Jahr hat das französische Parlament ein Gesetz zum Ersteinstellungsvertrag (CPE) beschlossen, welches den Kündigungsschutz für Menschen unter 27 abgeschafft hätte. Dieser Angriff auf die Rechte der Jugendlichen löste eine breite Protestbewegung aus.

Angefangen mit der Besetzung der Sorbonne-Uni in Paris, breiteten sich die Besetzungen auf landesweit Hunderte Schulen und Unis aus. Die Zentralen der Gewerkschaften, die Proteste gegen das CPE anfangs für sinnlos hielten, ließen sich dazu bringen, einen eintägigen Generalstreik zu organisieren, an dem sich 2-3 Millionen Menschen beteiligten. Eine Woche später fand ein zweiter Generalstreik statt.

Am Abend vor dem dritten Generalstreik hat Chirac das Gesetz zurückgezogen.

Diese ganze Erfahrung zeigt, dass man die Kürzungen, den Sozialabbau und die Politik des „Es gibt keine Alternative" stoppen kann, wenn der Druck auf der Straße hoch genug ist. StudentInnen und SchülerInnen können so eine Bewegung anstoßen.

Auch gegen die Angriffe auf die Jugend in Deutschland (Studiengebühren, Ausbildungsplatzmangel, keine eigene Wohnung für Arbeitslose unter 25 usw.) wäre eine solche Protestbewegung angebracht. Hierzulande hat es ebenfalls schon radikale Aktionsformen der StudentInnen gegeben: die Blockaden auf der Autobahn in Frankfurt oder die Besetzung der Säle während der Senatssitzung in Münster, um nur zwei Beispiele zu nennen. Trotzdem dachten die Herrschenden in der BRD keine Sekunde lang darüber nach, die Einführung von Studiengebühren fallen zu lassen oder überhaupt zu bremsen. Was fehlte?

Und wer hat das geschafft?

Entscheidend für den Erfolg der Proteste in Frankreich war, dass nicht nur Jugendliche auf die Barrikaden gingen, sondern auch Millionen Lohnabhängige. Die Teilnahme der Bahnarbeitergewerkschaft sorgte dafür, dass an den Streiktagen kaum ein Zug im ganzen Land fahren konnte.

Die ArbeiterInnen können viel mehr Druck auf die Herrschenden ausüben, denn im Gegensatz zu den StundentInnen schuften sie Tag für Tag, um das System am Laufen zu halten.

Zum Beispiel können Hunderte von StudentInnen und SchülerInnen einen Bahnhof besetzen und den Verkehr lahm legen, aber nur einige wenige LokführerInnen brauchen in den Streik zu treten, um die gleiche Wirkung zu erzeugen.

Natürlich gibt es bedeutende Unterschiede zwischen der französischen und der deutschen Arbeiterbewegung: Die vielen Gewerkschaften in Frankreich, die untereinander konkurrieren, begünstigen eine etwas kämpferischere Gewerkschaftskultur als die Einheitsgewerkschaften der BRD.

Aber das soll nicht von der Tatsache ablenken, dass die StudentInnen und SchülerInnen Frankreichs aktiv in die Fabriken gingen, um die ArbeiterInnen von ihren Forderungen zu begeistern. Das – mehr als jede lustige Aktion auf dem Weihnachtsmarkt - wäre ein wirklicher Schritt zu französischen Verhältnissen in der BRD.

Wie kommen wir dahin?

Jacques Chirac erteilte uns, sicherlich unbewusst, mit seinem Handeln eine gute Lektion über die bürgerliche Demokratie. Man hört pausenlos etwas über Recht und Ordnung, Gesetze und Verfassungen. Aber so bald sich die herrschende Klasse mit einer Protestbewegung konfrontiert sah, der sie nicht mehr Herr zu werden wusste, hat sich ihr Vertreter über jede verfassungsrechtliche Regel hinweggesetzt und das Gesetz „einfach so" zurückgezogen.

Angesichts dessen entpuppen sich die Argumente vieler Gewerkschaftsfunktionäre, in Frankreich wie in Deutschland, dass solche Aktionen „illegal" seien, als ziemlich plumpe Ausreden. Eine radikale Jugendbewegung kann die Arbeiterklasse inspirieren und diese Hemmungen überwinden.

Dass solche Entwicklungen auch in der BRD möglich wären, zeigt ein kleines Beispiel vom Berliner Schülerstreik am 13. September. Zur Abschlusskundgebung kamen PflegerInnen von der Charité, die gerade auch in den Streik getreten waren, um ihre Solidarität mit den SchülerInnen kundzutun. Ihr Vertreter rief den jungen DemonstrantInnen zu: „Wir müssen mit der Regierung französisch reden!"

Aber damit aus dem Spruch Realität wird, muss die Einheit zwischen radikalen Jugendlichen und ArbeiterInnen, die immerhin in diesem Moment zum Ausdruck kam, permanent fortgeführt und intensiviert werden.

☆ Für französische Verhältnisse!
☆ Für den Generalstreik!

(wf)

www.revolution.de.com

Wo ist dein Bericht/Leserbrief?

Schick ihn an: info@revolution.de.com

Schuldner Afrika

Die afrikanischen Staaten schulden rund 300 Milliarden US-Dollar an westliche Institutionen

Beim G8-Gipfel Anfang Juni in Heiligendamm soll der Armut in Afrika ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Schon bei früheren G8-Gipfel, z.B. im Juni 2005 in Schottland, haben die Chefs der acht mächtigsten Staaten der Welt versprochen, etwas gegen das Leiden der AfrikanerInnen zu unternehmen. Hunderttausende Menschen weltweit haben sie mit der Kampagne „Deine Stimme gegen die Armut" genau darum gebeten.

Aber von den versprochenen Hilfeleistungen sind nur 10 oder 20% umgesetzt worden. Die Armut ist größer als je zuvor und Verbesserung ist nicht in Sicht.

Wie kam es dazu?

Die Misere in Afrika begann vor mindestens 500 Jahren, als das Kontinent erobert und unzählige Millionen Menschen verschleppt worden. Im 20. Jahrhundert wurden die afrikanischen Länder formell "unabhängig, aber sie blieben unter der Herrschaft europäischer Kapitalisten.

Seit den 80er Jahren bestimmt der Internationale Währungsfond und die Weltbank das Schicksal des afrikanischen Kontinents. Die Hauptaufgabe dieser beiden Institutionen besteht darin, Kredite an Länder mit Finanznöten zu vergeben. Doch dieses Handeln darf auf keinen Fall als humanistische Geste abgetan werden. IWF und Weltbank sind lediglich Instrumente der reichen Industriestaaten, die auf diese Weise die Globalisierung vorantreiben. So werden für die dringend benötigten Kredite hohe Zinsrückzahlungen verlangt. Für viele Staaten gibt es allerdings keine Alternative zu den teuren Krediten.

Von dem Verkauf staatlichen Eigentums versprechen sich die verschuldeten Länder Gewinne, mit denen man die bestehenden Kredite zurückzahlen könnte. Doch mit der Zeit versiegt auch diese letzte Geldquelle und die Länder rutschen in einen undurchdringbaren Teufelskreis aus Geldsorgen, Krediten und der Unfähigkeit, diese zurückzahlen zu können. Die Folgen dieser Entwicklung und der Privatisierungen bekommt vor allem die einfache Bevölkerung zu spüren, die zunehmend verarmt.

Durch die Privatisierung des Bildungswesens sanken die Ausgaben pro SchülerIn von 82 Dollar im Jahr 1982 auf nur noch vier Dollar 1989. Die Privatisierung des ohnehin schlechten Gesundheitswesens schließt weitere Teile der Bevölkerung von medizinischer Versorgung aus. Die Politik des IWFs und der Weltbank sorgt also dafür, dass die reichen Industriestaaten immer mehr Geld erhalten, als sie in Form von Krediten in den Kontinent steckten.

Die Subventionen

Doch die Industriestaaten treiben auch auf andere Weise die Globalisierung voran und fördern die Armut der AfrikanerInnen.

So unterstützen die reichen Industriestaaten ihre Bauern jährlich in Milliardenhöhe, sodass diese ihre Produkte in Afrika noch billiger verkaufen können als die einheimischen Bauern. So subventionieren die USA unsere Agrarproduktion mit täglich einer Milliarde US-Dollar, was dem siebenfachen der weltweit gewährten Entwicklungshilfe entspricht. 25 000 BaumwollfarmerInnen erhalten so jährlich 3,9 Milliarden US-Dollar uns sind in der Lage, den Weltmarktpreis für Rohbaumwolle um 25% zu senken.

Afrikanische FarmerInnen können – ohne jegliche Subventionen – diese Entwicklung nicht mitmachen und gehen bankrott. Der Konkurrenz entledigt ist dann der Weg für US-amerikanische oder europäische Bauern frei, um auch die Preise für den Verkauf zu erhöhen. Der vielfach geforderte „Freihandel" bedeutet also, dass westliche Konzerne unbegrenzten Zugang zu den Märkten der armen Länder bekommen, während der Handel in die andere Richtung alles andere als „frei" ist.



Afrikas Schulden betragen für jede/n Einwohner/in des Kontinents rund 350 Dollar

Auf der andern Seite beträgt die Entwicklungshilfe im Agrarbereich nur noch ein viertel von dem, was 1982 gewährt wurde.

Auf diese Weise fiel der afrikanische Anteil am Welthandel seit den 80ern von 4% auf unter 1% und das gesamte Bruttosozialprodukt der afrikanischen Staaten südlich der Sahara ist kleiner, als das Belgiens.

Der Zusammenbruch der afrikanischen Wirtschaft führte zu großer Armut und zu Hungersnöten. Die Anzahl dieser stieg von den 1980ern durchschnittlich 15 jährlich auf 30 zur Jahrtausendwende. Alle vier Sekunden verhungert ein Kind, das macht etwa 21 600 tote Kinder pro Tag, etwa 7,9 Millionen pro Jahr.

Die Festung Europa

Der IWF und die Weltbank dienen also der Ausbeutung der Entwicklungsländer, insbesondere der Afrikas, und diesen Zweck haben die beiden Institutionen erfüllt.

Die Spanne zwischen dem reichsten und dem ärmsten Fünftel der Menschheit vergrößert sich immer weiter. Im Jahre 1960 hat das reichste Fünftel 30 mal so viel verdient wie das ärmste Fünftel. Am Ende des Jahrhunderts war diese Differenz auf das 78fache gestiegen.

Die reichen Industriestaaten haben auf diesen Weg eine Möglichkeit gefunden, denn afrikanischen Kontinent restlos auszusaugen und auszuplündern.

Der erwirtschaftete Profit fließt letztendlich in die Taschen einiger Konzernchefs und Aktionäre. Jeglicher Versuch ins reiche Europa zu fliehen wird von Grenzwächtern verhindert, die Flüchtlinge wieder abgeschoben.

Oft wird dieses auch als Schritt im „Kampf gegen den Terror" legitimiert. Die Kapitalistenklasse Europas und der USA rechtfertigt so die Unterdrückung des afrikanischen Proletariats. Nicht selten wird dieser „Anti-Terror-Kampf" dazu verwendet, um militärische Invasionen in Afrika durchzusetzen. Diese führen die Globalisierung mit militärischen Mitteln fort und vollenden das, wozu die Wirtschaft allein nicht in der Lage war.

Dies beinhaltet die endgültige Zerschlagung heimischer Industrie, die Eroberung wichtiger Rohstoffe und die Öffnung eines Tores, um westlichen Unternehmen Investitionen in Afrika zu ermöglichen, damit diese dort Fuß fassen und die Ausbeutung des Kontinents im Interesse der Reichen weiter betreiben.

Was können wir dagegen tun?

Bereits im Kommunistischen Manifest von 1848 wurde der Drang des Kapitalismus beschrieben, in jeden Winkel der Welt vorzudringen, um auch dort die Menschen zu unterdrücken und auszubeuten.

Der IWF und die Weltbank sind Teil des kapitalistisches Systems und können nicht unabhängig von ihm betrachtet werden. Kampf der Armut heißt Kampf dem System.

Natürlich können wir Spenden sammeln und andere wohltätige Aktionen unterstützen, um das Leid der AfrikanerInnen zu mildern, doch letztendlich werden wir das eigentliche Problem und die Folgen der Jahrhundertelangen Ausbeutung nicht lösen bzw. beseitigen können. Von Nöten sind sowohl die Streichung aller Schulden an die reichen Industriestaaten als auch massive Reparationszahlungen durch die imperialistischen Staaten und Konzerne, doch ohne Kampf auf der Straße und Druck von unten wird sich nichts ändern. Afrika braucht mehr als Almosen – es braucht ein Ende der kapitalistischen Ausbeutung, damit sich der Kontinent selbst entwickeln kann und die Armut und das Elend überwunden wird.

von Bartholomäus aus Bernau

Auf der Flucht



Die Ausplünderung Afrikas treibt Millionen Menschen aus ihren Heimatländern – viele versuchen es nach Europa

Schätzungsweise 18 Millionen AfrikanerInnen befinden sich derzeit auf der Flucht.

Afrika ist der ärmste Kontinent der Erde. Die reichen Rohstoffvorkommen werden von den großen Konzernen der imperialistischen Staaten ausgebeutet, die EinwohnerInnen haben kaum etwas von dem eigenen Reichtum.

Hunderttausende SudanesInnen haben nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges ihre Heimat verlassen, allein über 230.000 von ihnen sind in einem von zwölf Flüchtlingslagern im Nachbarland Tschad. Die Situation dort ist mehr als angespannt, es kommt zu tätlichen Übergriffen, Vergewaltigungen, Morde, weil die Menschen auf engstem Raum zusammengepfercht sind. Zudem fallen immer wieder paramilitärische Truppen aus dem Sudan in den Lagern ein – während sich die „internationale Gemeinschaft“ sich mehr um die ölreichen Gebiete im Südsudan kümmert.

In Somalia sind 1,8 Millionen Menschen in Not. Nach einer langen Dürre und nun heftigen Überschwemmungen, gibt es kaum Nahrung für die Bevölkerung am Horn von Afrika. Zum Hunger kommt die prekäre politische Situation: Kämpfe zwischen Anhängern des Islamischen Rates der Gerichte und Truppen der somalischen Übergangsregierung, die von äthiopischen Streitkräften (und indirekt von den USA) unterstützt werden, sind an der Tagesordnung. Indem große Teile der Bevölkerung nach Äthiopien, Kenia und über den Golf von Aden in den Jemen fliehen, kommt es in den Flüchtlingslagern dort zu Konflikten mit den Einheimischen, die ebenfalls mit Armut und Hunger konfrontiert sind.

Nach der militärischen Intervention durch die NATO (auch mit deutschen Truppen), gibt es im Kongo noch über 1,1 Millionen Binnenvertriebene. Die Demokratische Republik Kongo gehört zu den ärmsten Staaten der Erde, es gibt kaum Bildung und die Gesundheitsversorgung funktioniert nicht. Ob sich das, nach den ersten demokratischen Wahlen vom Juni 2006 (Anlass für eine Militärintervention der Europäischen Union) ändert, ist nicht abzusehen. Denn der nun amtierende Präsident Kabila ist nur ein Diener der europäischen Staaten, der möglichst effizient die Ausplünderung des Landes ermöglichen soll.

Unterdessen verschließt Europa die Augen vor den Problemen. Maßgeblich angeregt vom deutschen Außenminister wurde eine so genannte Drittstaatenregelung ausgearbeitet, die besagt, dass Flüchtlinge in dem ersten sicheren Land bleiben müssen, das sie erreichen. Kriterium, um sicheres Land zu sein, ist die Unterzeichnung der „Genfer Flüchtlingskonvention“, was allerdings nicht auch deren Einhaltung garantiert.

Für die Festung Europa spielt besonders Marokko eine bedeutende Rolle, welches ganz im Sinne des westlichen Nachbarn handelt. Nicht nur, dass es immer wieder Tote an den Grenzzäunen der spanischen Enklaven Cetua und Melilla gibt, immer häufiger kam es in den letzen Monaten zu Razzien und Massenabschiebungen. Nachts setzte man die festgenommenen Flüchtlinge an der Grenze zwischen Marokko und Algerien wieder aus, mitten in der Wüste ohne Überlebenschancen.

Und was macht Europa? Militärinterventionen wie in Sudan, Somalia, Kongo usw. werden die Probleme der Menschen nur vertriefen. Deswegen schließt die Festung Europa seine Grenzen, verschärft das Asylrecht, schiebt immer mehr Menschen ab. Deswegen muss die Linke für die Zerschlagung aller Grenzkontrollen kämpfen.

von Susen aus Plauen

Eine kapitalistische Epidemie

Wie Großkonzerne verhindern, dass AIDS-Kranke in Afrika die notwendige Hilfe bekommen

AIDS, steht für „Acquired Immune Deficiency Syndrome“ und beschreibt Symptome, die durch das HI-Virus hervorgerufen werden.

Aber wem erzähl ich das überhaupt? Heutzutage sind wir doch eigentlich alle relativ gut aufgeklärt über die Ursachen und Wirkungen von AIDS. Wir wissen sogar, dass AIDS zwar (noch) nicht Heilbar ist, aber mit den richtigen Medikamenten ein Leben mit dieser Krankheit möglich ist. Jedoch ist in Afrika trotz der hohen Verbreitung von AIDS das Wissen über diese Krankheit eher gering und Medikamente können sich meistens nur die Reichen leisten.

Nach einem 2006 erscheinenden Bericht von der UNAIDS, einer Organisation der Vereinten Nationen zur Bekämpfung von AIDS, sind in West -und Mitteleuropa 740.000 Menschen mit HIV infiziert. In Afrika südlich der Sahara sind es 24,7 Millionen Menschen. Weiter sind in Afrika allein im Jahr 2006 2,1 Millionen Menschen gestorben, während es in West- und Mitteleuropa 12.000 waren.

Diese AIDS-Epidemie scheint ein afrikanisches Problem zu sein. Aber Konzerne aus Europa und den USA nutzen ihre Patentrechte, um die Verbreitung von billigen AIDS-Medikamenten in Afrika zu verhindern.

Im Jahre 2001 zeigten 39 Pharma-Firmen (darunter auch der Deutsche Pharmakonzern Bayer) das Land Südafrika an, weil es billige Kopien von Medikamenten, sogenannte Generika, importierte und damit gegen das Patenabkommen der WTO verstieß. Durch den druck der Medien und vieler Organisationen wurde die Klage zurückgezogen.

Doch anstatt den Generikaimport zu legalisieren und/oder die Medikamente stark verbilligt anzubieten, übte die Pharmalobby Druck auf die südafrikanische Regierung außerhalb der Gerichte aus und so kam es zu einer „Einigung“, die beinhaltet, dass Südafrika keine Generika mehr importieren und die Medikamente dafür verbilligt kaufen darf.

Das hört ich zwar gut an, ist es aber nicht. Denn anstatt 10.000 Dollar jährlich kostet eine Behandlung jetzt „nur“ noch 1.000 Dollar pro Person – ein Preis, den sich ein/e durchschnittliche/r Afrikaner/in genausowenig leisten kann. Eine Behandlung mit Generika kostet 132 Dollar, also fast ein hunderstel vom eigentlichen Preis.

Ein weiteres Beispiel für die eigentlichen Ziele der Pharmaindustrie – nämlich Profit und nicht das Wohl aller Menschen – ist, dass es immer noch keine kindergerechten AIDS-Medikamente gibt, welche sich dosieren lassen und ohne Alkohol sind. Das ist ganz einfach damit zu erklären ist, dass die meisten Kinder mit HIV in Afrika leben und somit keinen profitablen Absatzmarkt bilden.

Was muss getan werden, um der AIDS-Epidemie ein Ende zu setzen?

Die Pharmaindustrie legitimiert ihre hohen Preise (sowie die geistigen Patente) damit, dass die Erforschung der Medikamente sehr viel Geld kostet. Es ist aber erwiesen, dass sie mehr Geld für Werbung als für die Entwicklung von Medikmenten ausgeben. Also sind die extrem hohen Preise (von denen wir hier kaum etwas bemerken, da sie ja von unseren Krankenkassen bezahlt werden) einzig und allein zur Erhöhung des Profites da. Deswegen überrascht es nicht, dass die Pharmakonzerne jedes Jahr Milliarden machen.

Um alle Menschen auf der Welt mit notwendigen Medikamenten zu versorgen, können wir nicht an die Pharmakonzerne appellieren. Wir fordern die Verstaatlichung der Pharmaindustrie, damit sie Medikamente für alle statt Profite für die Aktionäre produzieren.

Die AIDS-Epidemie wird von den Pharmakonzernen viel schlimmer gemacht, denn sie kümmern sich um ihre Bilanzen und nicht um die Menschen – ist ja auch ihr Job!

von Biber aus Köpenick

Die Fesseln ausgetauscht

Der Kampf gegen rassistische Diskriminierung in Südafrika führte dazu, dass eine neue Verfassung beschlossen wurde – aber 15 Jahre später ist die Misere nicht überwunden worden

Die Geschichte des „schwarzen Kontinents" ist nicht nur eine Geschichte der Unterdrückung, sondern auch eine Geschichte des Widerstandes. In fast allen Ländern Afrikas kamen im Laufe des 20. Jahrhunderts Massenbewegungen auf, die die Unabhängigkeit von den ehemaligen Kolonialherren erkämpften.

Viele dieser antikoloniale Bewegungen, inspiriert von den Revolutionen in Russland, China und auf Kuba, wollten mehr als politische Unabhängigkeit bei unveränderter sozialer Misere. Deswegen kämpften sie für eine grundlegende Umwälzung der Gesellschaft: Ein sozialistisches System sollte helfen, der erdrückenden Armut in Afrika ein Ende zu setzen.

Doch kaum waren sie an die Macht gekommen, haben diese Befreiungsbewegungen die sozialistische Perspektive verworfen – und damit nur die Fesseln der Kolonialherren gegen die Fesseln der multinationalen Konzerne ausgetauscht.

Antikolonialer Kampf in Südafrika

In Südafrika gab es bis in die 90er Jahre hinein eine rigide Politik der „Rassen"trennung. Diese Politik nannte sich in der vom Niederländischen abgeleitete Sprache Afrikaans „Apartheid". Die kleine weiße Oberschicht des Landes hatte ein Monopol der politischen Macht: Weniger als 5 Millionen Weiße herrschten über eine Bevölkerung von 23 Millionen Schwarzen, die kaum Rechte hatten.

Es gab getrennte Busse, Schulen und Wohngebiete für Schwarze. Die schwarze Mehrheit war nicht nur von den politischen Institutionen ausgeschlossen – zunehmend wurden afrikanische „Heimatländer", also winzige Kolonien innerhalb des südafrikanischen Territoriums, für Schwarze geschaffen, so dass diese nicht mal mehr über die südafrikanische Staatsbürgerschaft verfügten.

Aber der Widerstand gegen das Apartheidsystem wurde immer stärker. Der verbotene Afrikanische Nationalkongress (ANC) organisierte aus dem Untergrund Streiks, Demonstrationen und Attentate.

Die StudentenInnenbewegung spielte eine wichtige Rolle. Mitte der 70er Jahre entschied die Regierung, Afrikaans (eine Sprache, die nur von den Weißen gesprochen wurde) für den Unterricht in allen Schulen festzuschreiben. Ein Regierungsminister erklärte dazu: „Ich habe mit dem afrikanischen Volk über die Frage der Sprache nicht gesprochen und das werde ich auch nicht tun." Auf Schülerstreiks in Soweto gegen die Festschreibung der Sprache hat die weiße Polizei geschossen, mit bis zu 200 Toten – manche erst 12 Jahre alt.

Die schwarze Gewerkschaftsförderation, die COSATU, wurde erst Ende 1985 gegründet, aber innerhalb kürzester Zeit zählte sie über eine Million Mitglieder. Massendemonstrationen, Generalstreiks, Boykottkampagnen der Schwarzen gegen weiße Läden und internationale Solidarität brachten die Herrschaft der weißen Minderheit ins Wanken. Die Townships (schwarze Armenviertel am Rande der Städte) wurden immer unregierbarer.

Die Regierung verhängte immer wieder den Ausnahmezustand. Eine offen faschistische Bewegung wuchs und terrorisierte alle, die nicht hinter dem Apartheidssystem standen. Zehntausende Menschen wurden eingesperrt. Aber trotz all dieser Maßnahmen konnte die Regierung die zunehmende wirtschaftliche Krise nicht in Griff kriegen.

Als 1990 eine neue, weiße Regierung an die Macht kam, zweifelte kaum jemand daran, dass ein Wandel bevorstand. Die wichtigste Führungsfigur des ANC, Nelson Mandela, wurde nach 27 Jahren im Gefängnis freigelassen. Der ANC wurde innerhalb weniger Jahre von einer Untergrundpartei zu einer Regierungspartei.

Vom Kampf zum Kompromiss

Vor genau 15 Jahren, am 17. März 1992, fand in Südafrika ein Referendum statt, mit dem die Regierung beauftragt wurde, eine neue, „demokratische" Verfassung auszuarbeiten. Die schwarze Bevölkerung Südafrikas hat dadurch umfassende politische Rechte wie das Wahlrecht bekommen – endlich gab es schwarze Präsidenten!

Aber diese neue Verfassung änderte wenig an der sozialen Struktur Südafrikas. Armut und Arbeitslosigkeit prägen bis heute den Alltag der meisten SüdafrikanerInnen. Die großen Farmen, alle in Besitz von reichen weißen FarmerInnen, wurde nicht an schwarze LandarbeiterInnen aufgeteilt. Die Konzerne blieben in Händen ihrer alten (weißen) Besitzer, da die Besitzverhältnisse von der ANC-Regierung nicht angetastet wurden. Sprich: Die „offizielle" Diskriminierung wurde abgeschafft, aber die Ausbeutung und Unterdrückung der Schwarzen ist so schlimm wie je zuvor. 61% der Schwarzen wohnen unter der Armutsgrenze, dagegen etwa 1% der Weißen.

Doch warum konnte die Revolution nicht weitergehen? Die Führung des ANC, stark beeinflusst von Theorien der stalinistischen Bürokratie in Moskau, ging davon aus, dass die südafrikanische Revolution erstmals eine „demokratische Etappe" durchlaufen müsste. Dann, irgendwann später, würde es zu einer „sozialistischen Etappe" kommen. Die Hoffnung war, dass ein demokratisches System in Südafrika eine wirtschaftliche Entwicklung zum Wohle aller und einen Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft ermöglichen würde. Aber eine kapitalistische Demokratie ist nur eine andere Form der Herrschaft der kapitalistischen Minderheit, und sie bedeutet Ausbeutung für die Mehrheit der Menschen.

Das Beispiel des Wassers

Die Führung vom ANC, unter starkem Druck der kämpfenden Massen, wusste dass mehr als politische Gleichheit notwendig war, um die Schwarzen aus ihrer Misere zu befreien. Deshalb ließ der ANC nicht nur politische Rechte, sondern auch soziale Rechte in der neuen Verfassung festschreiben. So heißt es in der Grundrechtscharta: „Jeder hat das Recht auf Zugang zu genügend Wasser." Das hört sich erst mal gut an, aber ein Recht auf Zugang zu Wasser heißt ja nicht unbedingt ein Recht auf Wasser.



Mandela und DeKerk: die VertreterInnen des Apartheidsystems und der Befreiungsbewegung einigen sich auf einen Kompromiss

Soziale Rechte im Kapitalismus sind immer unsicher – in Südafrika lässt sich das besonders gut beobachten. Auf Drängen der Weltbank ist die Wasserversorgung in vielen Gebieten privatisiert und von multinationalen Konzernen übernommen worden. Aus diesem Grund werden sogenannte „Tricklers", kleine Scheiben mit zwei Löchern, in die Wasserleitungen eingebaut. Das Wasser fließt dann nur in Tröpfen – was den Menschen ihr verfassungsmäßiges Recht auf Wasser gewährleistet, gleichzeitig aber ausreichendes Wasser zum Überleben verweigert. So sind Menschen auf dreckige Wasserquellen wie Flüsse angewiesen, mit den zu erwartenden Folgen wie Durchfallerkrankungen und Cholera.

Die perverse Logik des kapitalistischen Systems bedeutet, dass die privaten „Wasserversorger" damit beschäftigt sind, den Zugang zu fließendem Wasser zu sperren, um ihre Profite hochzuhalten. Klar ist, dass ein menschenwürdiges Leben für die Massen in Südafrika eine Ordnung jenseits der Profitgesellschaft erfordert.

Die Perspektive der Revolution

In allen Bereichen des modernen Südafrikas merkt man die verbleibende, strukturelle Ungleichheit: Einige Schwarze haben den Aufgang in die Kapitalistenklasse oder die politische Elite geschafft. Doch die Massen, die den Kampf gegen Apartheid geführt haben, bleiben in bitterer Armut.

Um diesem System der Ungleichheit ein Ende zu setzen, bedarf es mehr als ein paar politische Reformen: Man müsste die Industrie vergesellschaften und ein Wirtschaftssystem, das von der Bevölkerung selbst geplant wird, etablieren. Die schwarze Arbeiterbewegung Südafrikas hat bereits in den 80er Jahren bewiesen, dass sie die Kraft haben, das ganze Land zu erschüttern.

Alle afrikanischen Befreiungsbewegungen gingen einen ähnlichen Weg wie der ANC: Die Herrschaft der Kolonialmächte stürzen, um die indirekte Herrschaft der multinationalen Konzerne zu etablieren. Das geschah nicht, weil die Führungen dieser Bewegungen verräterisch waren, sondern weil sie keine politische Perspektive hatten, die über den Kapitalismus hinausging. Natürlich wird es schwierig sein, die Jahrhunderte lange Ausplünderung Afrikas wieder gut zu machen. Aber eine sozialistische Revolution in Afrika, die auch im Herzen des Imperialismus Revolutionen anstoßen würde, ist der einzige denkbare Weg.

von Wladek aus Kreuzberg

20jährige wollen Rente mit 65!

Auch Jugendliche müssen gegen die Rente mit 67 kämpfen!

Nun ist es tatsächlich geschehen. Das Parlament hat entschieden: Zukünftig sollen ArbeiterInnen bis 67 schuften. Und das alles trotz des massiven Protests der Bevölkerung. Überall im Bundesgebiet veranstaltete die IG Metall Streiks und andere Aktionen, um gegen den Gesetzesentwurf zu protestieren. Über 300.000 Menschen beteiligten sich an Kundgebungen und Demonstrationen. Insgesamt sind ganze 83% der EinwohnerInnen Deutschlands gegen die Anhebung des Rentenalters. Doch davon ließen sich die bürgerlichen Politiker nicht beirren – ArbeitnehmerInnen dürfen zukünftig erst mit 67 in Rente gehen.

Aber sind nur „alte" Leute betroffen? Ganz und gar nicht. Wenn ArbeiterInnen später in Rente gehen, werden weniger neue Arbeitsplätze geschaffen. Konkret werden weniger Azubis übernommen und die Arbeitslosigkeit und der Ausbildungsplatzmangel unter Jugendlichen, die jetzt schon katastrophal sind, werden weiter ansteigen.

Gegen die Erhöhung des Rentenalters müssen wir alle zusammen kämpfen, denn die Kürzungen der Unternehmer und ihrer Regierung betreffen uns alle. Nur mit Solidarität durch unsere gesamte Klasse können wir uns selbst verteidigen!

Was steht hinter der Erhöhung des Rentenalters? Argumentiert wird mit einem demographischen Wandel in der Gesellschaft und einer stagnierenden Wirtschaft: es gäbe keine Alternative zur Erhöhung des Rentenalters. Doch wir haben es hier nicht mit einem gutherzigen Sanierungsplan zu tun, sondern mit einer massiven Umverteilung des Reichtums. Die massiven Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte haben Rekordprofite der deutschen Großkonzerne zur Folge. Doch an den Profiten, die die ArbeiterInnen erwirtschaftet haben, sollen sie nicht teilhaben. Diesen Teil bekommen wir nur, wenn wir ihn erkämpfen!

Gegen Angriffe, die erstmals nur gegen "Alte" gerichtet sind, müssen wir Jugendliche auf die Straße gehen. Aber wir müssen auch von den Gewerkschaften fordern, dass sie gegen die Angriffe auf Jugendliche effektiv mobilisieren. Als die Regierung die Abschaffung des Wohngeldes für Arbeitslose unter 25 beschloss – ein Auszugsverbot für junge Hartz-IV-EmpfängerInnen – gab es keine Aktionen der Gewerkschaften. Um solche Aktionen von unten zu organisieren, ist eine klassenkämpferische Bewegung in den Gewerkschaften notwendig,

In Frankreich, als die Regierung den Kündigungsschutz für Menschen unter 27 abschaffen wollte (mit dem sog. „CPE-Gesetz"), haben SchülerInnen und StudentInnen Hunderte Schulen und Universitäten besetzt. Diese Bewegung setzte die Gewerkschaftsspitzen unter Druck, so dass sie drei eintägige Generalstreiks organisierten und schliesslich das Gesetz kippen konnten. Wenn wir solche „französischen Verhältnisse" wollen, müssen wir in diesem Sinn gemeinsam gegen die Angriffe kämpfen!

Wie gegen das CPE-Gesetz müssen wir auf der Straße Widerstand leisten. Wir dürfen uns nicht davon abschrecken lassen, dass die Gesetze schon entschieden sind – denn auch das CPE wurde erst einige Wochen nach der Verabschiedung gekippt. SchülerInnen und StudentInnen können nur gemeinsam mit ArbeiterInnen gegen die Angriffe des Kapitals vorgehen. Aber ArbeiterInnen können auch von der Jugend profitieren, von ihrer Radikalität und Hoffnung.

Egal ob Rente mit 67, die Abgeschaffung der Lehrmittelfreiheit oder Studiengebühren: wenn wir genug Druck auf der Straße schaffen, können wir alles erreichen – noch viel mehr als die Rücknahme dieser Gesetze.

Denn in einer so reichen Gesellschaft wie der unseren, müssen wir nicht nur die Rente mit 65 verteidigen. Wir müssen für Arbeitszeitverkürzung eintreten. Wenn die Arbeit auf alle aufgeteilt ist und überflüssige Tätigkeiten (wie Staat, Polizei, Armee, Luxusgüterproduktion) abgeschafft sind, würde es reichen, wenn jede/r nur ein paar Stunden arbeitet. Klingt das so, als könnte man es im Kapitalismus nicht umsetzen? Ja? Das sehen wir genauso!

von Sceles aus Wolfsburg

SEGI! („Weitermachen!“)

Die linke Jugendorganisation SEGI aus dem Baskenland wird als „terroristisch“ verfolgt

Der Begriff „Terrorismus“ ist schwer zu definieren. Wikipedia sagt uns, er bezieht sich allgemein auf Gewalt für politische Zwecke. Aber wenn die US-Armee ein Bagdader Stadtviertel bombardiert, wird dies als “Kampf gegen den Terror” deklariert. Wenn Jugendliche in *Euskal Herria* (dem Baskenland) mit Massendemonstrationen und öffentlichen Kampagnen für demokratische und soziale Rechte kämpfen, können sie wegen solcher „terroristischen Aktivitäten” eingesperrt werden.

Terroristen ohne Waffen

Genau das passiert der baskischen linken Jugendorganisation SEGI (der Name bedeutet „Weitermachen“ auf Baskisch). Am 19. Januar 2007 urteilte der Oberste Gerichtshof Spaniens, dass SEGI, eine Organisation mit Tausenden jungen AktivistInnen im ganzen Baskenland, „eine bewaffnete Bande oder eine terroristische Organisation” wäre und verurteilte 23 Mitglieder zu sechs Jahren Haft. Vier von ihnen sind sofort verhaftet worden, während weitere 18 sich der Polizei stellten, am 3. Februar auf einer öffentlichen Protestversammlung in Bilbo.

Es gibt keine Beweise gegen SEGI. In einem früheren Prozess Anfang 2005 urteilte Spaniens *Audiencia Nacional* (Sondergericht für Drogen- und Terrorismusdelikte), dass SEGI keine terroristische Organisation sei, weil sie nicht in Verbindung mit „Schusswaffen, Bomben, Granaten, Explosivstoffen oder ähnlichem” gebracht werden konnten.

Trotzdem wurde SEGI zu einer „illegtimen Organisation” erklärt und 24 AktivistInnen wurden zu Haftstrafen zwischen 15 Tagen und vier Jahren verurteilt – nachdem sie bereits vier Jahre in Untersuchungshaft verbracht hatten!

Seit dem ersten Verfahren wurden keine neuen Beweise vorgelegt. Das Oberste Gericht erklärte einfach: wer die allgemeinen Ziele der bewaffneten Gruppe ETA – Unabhängigkeit für Euskal Herria und Sozialismus – teilt, ist Mitglied in einer terroristischen Vereinigung. Nach dieser Definition sind alle UnterstützerInnen der baskischen Pro-Unabhängigkeits-Linke (Zehntausende Menschen!) TerroristInnen. Auf dieser Grundlage hat der spanische Staat in den letzten Jahren die linke Partei Batasuna und weitere Wahllisten verboten, Zeitungen geschlossen, Radiosender dicht gemacht und hunderte Menschen verhaftet und gefoltert.

Repression in der EU

Dies ist eins von vielen Beispielen, wie Vorwürfe des „Terrorismus” benutzt werden, um die Linke in Europa zu unterdrücken. Diese zunehmende Repression ist Teil des Projekts, die EU in eine wirtschaftliche und militärische Supermacht zu verwandeln – jeglicher Widerstand gegen das europäische Kapital soll erdrosselt werden.

Die Mehrheit der europäischen Bevölkerung, vor allem die Jugend, leidet unter den Auswirkungen von Sozialabbau und Privatisierungen. Die Situation in Euskal Herria ist hier keine Ausnahme. Das Baskenland gehört zu den wirtschaftlich entwickeltsten Regionen auf der iberischen Halbinsel, aber mehr als 20% der Jugendlichen sind arbeitslos. Von denjenigen, die Arbeit haben, haben 95% sogenannte „Müllverträge” ohne Jobsicherheit oder angemessenen Lohn. Obwohl Hunderttausende Wohnungen leer stehen, wohnt nur 1 von 5 Jugendlichen unter 30 außerhalb des Elternhauses. SEGI hat eine wichtige Rolle in den Kämpfen der baskischen Jugend gegen diese Misere gespielt (z.B. durch die Verteidigung von besetzten Häusern für Jugendliche) und aus diesem Grund sind sie ins Visier des Staates geraten.

SEGIs zentrale Forderung ist die nach Selbstbestimmung für Euskal Herria. Die BaskInnen hatten nie die Chance, demokratisch zu entscheiden ob sie Teil von Spanien und Frankreich sein wollen – ganz im Gegenteil, die spanische Verfassung schreibt die “unteilbare Einheit” des spanischen Staates vor. Unter dem faschistischen Regime Francos wurde jeder Ausdruck einer baskischen Identität brutal unterdrückt. In den ersten Massenrevolten der 60er Jahre wurde eine bewaffnete Widerstandsgruppe, die ETA, gebildet um den faschistischen Staat durch militärische Anschläge zu destabilisieren.

Dieser bewaffnete Widerstand wirkt in der Regel kontraproduktiv, da die spanische Bevölkerung durch Anschläge der ETA von den Forderungen der BaskInnen nach Selbstbestimmung abgestoßen wird. Aber der größte Teil der baskischen Linken kämpft mit friedlichen Mitteln für die Durchsetzung demokratischer Rechte.

Die Grenzen des Nationalismus

Als KommunistInnen unterstützen wir Kämpfe für das Selbstbestimmungsrecht unterdrückter Nationen. Nichtdestotrotz stehen wir SEGIs Strategie des linken oder “revolutionären” Nationalismus, die die Unabhängigkeit als einen Schritt zum Sozialismus anstrebt, kritisch gegenüber.

Denn demokratische Rechte können im Rahmen des Kapitalismus nie vollständig umgesetzt werden. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln schließt volle demokratische Rechte für alle aus, die über keine Prodkutionsmittel verfügen. So lange eine Mehrheit der Bevölkerung als LohnarbeiterInnen ausgebeutet wird, wird es immer Repression geben, um diese Ausbeutung und die Herrschaft der Kapitalisten aufrecht zu halten.

Der spanische und der französische Staat haben kein Interesse an einem unabhängigen Euskal Herria, was für sie bedeuten würde, auf eine hoch industrialisierte Region zu verzichten. Gleichzeitig haben wir als SozialistInnen kein Interesse an einem unabhängigen, kapitalistischen Euskal Herria. Die Vorherrschaft des Finanzkapitals in der baskischen Wirtschaft bedeutet, dass ein solches Land ein imperialistisches Land wäre, das die Dritte Welt ausbeuten würde um seinen Reichtum zu vermehren.

Aus diesem Grund unterstützen wir das Recht auf Unabhängigkeit, aber wir befürworten Unabhängigkeit nicht. Unsere Strategie ist nicht, alle BaskInnen über die Klassengrenzen hinweg zu vereinen, sondern alle ArbeiterInnen über die Landesgrenzen hinweg. Selbstverständlich kann eine solche Einheit nur über die Anerkennung gleicher Rechte für alle basieren – spanische und europäische ArbeiterInnen müssen das Recht der BaskInnen auf Selbstbestimmung unterstützen.

Jeder Kampf gegen Unterdrückung verdient Unterstützung. Aber gleichzeitig muss klar sein, dass nur eine klassenlose Gesellschaft die Freiheit von allen Formen der Unterdrückung garantieren wird. Nur eine sozialistische Republik in Europa, basierend auf einer freien Verbindung von Arbeiterrepubliken, wird das Selbstbestimmungsrecht und gleiche Rechte für die BaskInnen und andere unterdrückte Nationen sichern.

Stoppt die Repression!

Wir von REVOLUTION verteidigen SEGI und die Rechte von Jugendlichen in Euskal Herria seit einigen Jahren. Wir werden weiter mit ihnen zusammenarbeiten (z.B. mit Aktionstagen gegen Repression oder auf dem Europäischen Sozialforum), aber auch solidarische Kritik üben.

★ Protestiert gegen die Verfolgung gegen SEGI! Für Demonstrationen vor spanischen Institutionen auf der ganzen Welt!
★ Freiheit für alle politischen Gefangenen! Vorwürfe des Terrorismus können alle treffen, die gegen die EU-Supermacht sind.
★ Bauen wir eine revolutionäre Jugendinternationale auf! Die Jugend muss sich vereinen im Kampf gegen den Kapitalismus!
★ Für eine revolutionäre Internationale! Nur mit einer internationalen Organisation der Arbeiterklasse können wir den Kapitalismus besiegen.
★ Für ein sozialistisches Europa in einer sozialistischen Welt, das das Recht auf Selbstbestimmung garantiert!

iREVOLUTION-Koordinierung, 7.2.2007 (gekürzt)



Naziaufmarsch in Hildesheim



4.000 gingen in der niedersächsichen Stadt auf die Straße

4.000 Menschen zeigten am vergangenen Samstag ihre Ablehnung gegenüber den rassistischen und faschistischen Ideen der rund 200 Neonazis, die unter dem Motto „Gegen Repression und Polizeiwillkür" durch Hildesheim marschierten.

Angemeldet war der Naziaufmarsch vom bundesweit bekannten Neonazi Christian Worch und wurde von der „Bürgerinitiative für Zivilcourage Hildesheim" unterstützt.

Die Gegendemonstration war äußerst heterogen. Das Spektrum ging von Kirchen, über bürgerliche und reformistische Parteien und Gewerkschaften hin zu einem circa 1.000 Mitglieder zählenden radikalen Antifablock. Auch aus Wolfsburg waren circa 50 meist junge RevolutionärInnen und AntifaschistInnen, durch einen von der IG Metall gestellten Bus, dabei.

Begonnen wurde die Gegendemo mit einer Kundgebung am Rathausplatz, auf der eine bürgerliche Rednerin zunächst ihre Unwissenheit dadurch in Beweis stellte, dass sie von Nazis im Parlament von „Sachsen-Anhalt" sprach. Folgend verlautbarte sie, dass es doch am besten wäre, wenn man den Nazis keine Beachtung schenken würde, dass diese sowieso nur in Hildesheim demonstrieren würden, da man ihnen in Großstädten keine Beachtung schenken würde, und danach der Polizei für ihren angeblich „großartigen Einsatz" dankte.

Solche Positionen der bürgerlichen RednerInnen sorgten für Kopfschütteln, Pfiffe und Zwischenrufe wie „Nazis morden, der Staat schiebt ab! Das ist das gleiche Rassistenpack!"

Nach Abschluss der Auftaktkundgebung zog die Demo, laut antifaschistische Parolen skandierend, durch die Hildesheimer Innenstadt. So zog man zum Beispiel am Naziladen „Last Resort" vorbei, allerdings nicht ohne inne zu halten und lautstark Protest zu äußern.

Auf der Demoroute vom Rathausplatz zum Angulêmeplatz kam es wiederholt zu kleineren Polizeiübergriffen wegen Verstößen gegen das bürgerliche Demonstrationsrecht (verknotete Transparente o. ä.). Während der Zwischenkundgebung am Angulêmeplatz kam es zu einem Durchbruchsversuch des Antifablocks, der mit extremer Polizeigewalt beantwortet wurde.

Während dieser Aktionen gelang es einigen AntifaschistInnen, direkt über dem Tumult ein antifaschistisches Transparent mit dem Bild eines sich erschießenden Hitlers und der Aufschrift „Follow your leader" zu hissen.

Nachdem die Zwischenkundgebung beendet und der Durchbruchsversuch gescheitert war, lösten sich die Ketten des Antifablocks auf und der größte Teil der AntifaschistInnen zog von der Polizei relativ unbehelligt mit der Bündnisdemo zurück zum Ausgangspunkt der Demonstration.

Während der größte Teil der Antifas zurück zum Rathausvorplatz unterwegs war, versuchten Kleingruppen auf alternativen Wegen an die Nazis heran zu kommen. Hilfreich waren hierbei zahlreiche hilfsbereite AnwohnerInnen. So boten ältere Damen, nachdem sie sich versichert hatten, dass es sich auch wirklich um Nazi-GegnerInnen handelt, einer Gruppe von RevolutionärInnen und einigen anderen Antifas, die sich gerade über ihr Garagendach dem Kundgebungsort der Nazis nähern wollten, den Weg durch ihre Wohnung an.

Auf dem Rückweg trafen die Antifas auf eine Gruppe von 5 Polizisten die sich extrem Aggressiv verhielten, etwa mit dem Spruch: „Ich bin nur wegen der Gewalt hier".

von Sceles aus Wolfsburg (krass gekürzt)

☛ de.indymedia.org/2007/02/169186.shtml

Naziaufmarsch in Dresden

1.500 in Dresden konnten dem „Trauermarsch" für den „Bombenholocaust" nicht verhindern

Es gibt Momente, da schämt man sich, in Sachsen zu wohnen.

Einer davon war, als die NPD 2002 mit fast zehn Prozent der Wählerstimmen in den Landtag einzog; in manchen Wahlbezirken erreichten sie sogar 21%. Ein weiterer, als bei uns in Plauen zu Weihnachten 2005 das alternative Kulturzentrum von Neonazis überfallen wurde. Die fünf angeklagten Mitglieder des Plauener „Jungsturms" wurden, bis auf einen, lediglich mit Bewährungsstrafen belegt. Überfälle auf Linke häufen sich in letzter Zeit... und am 13. Februar diesen Jahres wurde es den Faschisten ermöglicht, in Dresden zu demonstrieren:

1400 Jung- und Altnazis wollten angeblich dem „alliierten Bombenterror" gedenken, den Opfern des angeblichen „Bombenholocaust". Was sie aber wirklich mit ihrem „Trauermarsch" beabsichtigen, ist die Verhöhnung der Opfer der Shoa, eine Umdeutung der deutschen Täter zu Opfern und die Verherrlichung des Nationalsozialismus.

Am 13. Februar also wurden Gegenveranstaltungen geplant. Eine von den bürgerlichen und reformistischen Parteien („Geh denken!") und DECONSTRUCT, welche von Dresdener Antifa-Gruppen organisiert wurde.

1500 junge Menschen konnten dafür mobilisiert werden. Um vier sollte die Demonstration losgehen. Die Grünuniformierten hatten den Treffpunkt vor dem größten Dresdener Einkaufszentrum ganz gut umstellt, schikanierten fleißig (*„Wir dürfen erst loslaufen, wenn ihr alle eure Kapuzen und Sonnenbrillen abgesetzt habt."*) und filmten vorsorglich alle DemonstrantInnen.

Als es dann halb sechs auch tatsächlich losging, waren alle TeilnehmerInnen vom strömenden Regen komplett durchgenässt, dunkel war es auch schon geworden. Die Demo führte kaum vier Kilometer im Kreis durch die Stadt, bevor sie dann in der Nähe der geplanten Nazi-Route aufgelöst wurde. Im gleichen Moment zogen unsere grünen Begleiter ihre Helmvisiere vor die Gesichter, die Schlagstöcke aus der Halterung und griffen zu den Plastikschildern. Team Green versuchte alles, um eine Blockade der faschistischen Demo durch uns „autonome Linksextremisten" (das stand dann in den meisten Zeitungen) zu verhindern. Und es gelang ihnen.

Zwar waren nach Auflösung der Deconstruct-Demo eigentlich alle Demonstranten aus dem Polizei-Wander-Kessel ausgebrochen, doch war an ein Durchkommen auf die richtige Route nicht zu denken. Kleine Gruppen liefen überall durch die Innenstadt, landeten teilweise in den Reihen der wenn überhaupt 1000 bürgerlichen DemonstrantInnen, oder hatten komplett den Überblick verloren, weil sie sich nicht auskannten. Uns ging es nicht anders, bis plötzlich eine Reihe der grünen Ritter vor uns stand: *„Los, geht durch! Eure Freunde warten schon. Setzt euch nur mit hin..."* Das war merkwürdig, aber wir wollten auf die Blockade und machten es uns bequem.

Eine Stunde später war durch die ganze Stadt Nazi-Musik zu hören und das Polizei-Info-Team wies wiederholt daraufhin, wir sollten doch gehen, weil sie sonst räumen müssten. In Wahrheit war die Nazi-Demo zu dem Zeitpunkt schon längst umgeleitet worden und die vierhundert mit uns auf der nassen Straße sitzenden DemonstrantInnen eingekesselt.

Die Faschisten marschierten inzwischen durch die Innenstadt und sogar an der Synagoge vorbei. Niemand hatte sie hindern können. Kurz vor Mitternacht standen wir neben vielen anderen fassungslos am Hauptbahnhof: *„Ihr könnt hier nicht durch. Die recht(s)mäßigen Demonstranten wollen nachher noch mit ihren Sonderzügen heimfahren. Auf dem Bahnhof ist es zu gefährlich für euch."*

Der USK-Beamte verschränkte die Arme vor der Brust. Die Reichsbahn tut auch heute noch ihre Pflicht.

ArbeiterInnen müssen mobilisiert werden!

Interview mit von REVOLUTION Wolfsburg über Antifaschismus und Gewerkschaften

Wie habt ihr gegen den Naziaufmarsch mobilisiert?
Für den Naziaufmarsch haben wir auf die üblichen Methoden gesetzt. Unter anderem haben wir mehrere hundert Flugblätter verteilt, mit denen wir das von uns organisierte Bündnistreffen in Wolfsburg beworben haben.

Das Bündnistreffen war gut besucht – sogar von einem Nazi der „Bürgerinitiative für Zivilcourage Wolfsburg", den wir natürlich vor Beginn der Veranstaltung des Saals verwiesen haben.

Habt ihr hauptsächlich auf Antifas gesetzt?
Ja und nein. Wir sind zweigleisig gefahren. Wir haben uns natürlich zum einen mit den organisierten und nichtorganisierten Antifas aus der Region koordiniert, jedoch braucht man diese bekanntlich nicht zu mobilisieren. Es ging uns vielmehr darum, möglichst viele Organisationen für den Kampf gegen Faschismus zu gewinnen. In unserem Fokus lag vor allem die IG Metall Wolfsburg, die mit ihren mehreren 10.000en Mitgliedern in den Widerstand eingebunden werden sollte. Immerhin konnten wir bewirken, dass die IG Metall einen Bus nach Hildesheim gestellt hat.

Wie verhielten sich die Gewerkschaften?
Die Gewerkschaften ließen sich durchaus zur Unterstützung der Gegenaktionen gewinnen. Die IG Metall wollte jedoch keine direkte Konfrontation. Dort gilt es für Gruppen wie die unsere, Druck auf die Gewerkschaftsführungen auszuüben. Es ist von daher von großem Vorteil, dass es innerhalb der IG Metall Jugend durchaus Jugendliche gibt, die mit unserem revolutionären Konzept sympathisieren oder sogar übereinstimmen.

Was ist die Perspektive für den Kampf gegen Nazis in Niedersachsen?
Die Perspektiven für Niedersachen sind die Gleichen wie eh und jeh. ArbeiterInnen, MigrantInnen oder linke Jugendliche wie wir dürfen sich nicht auf den Staat verlassen.

Wir müssen den Selbstschutz organisieren. Jedoch kann dies nicht ausschließlich von einer Kleingruppe wie aus passieren. Vielmehr müssen wir möglichst viele ArbeiterInnen, MigrantInnen etc. für den direkten Kampf gegen die Nazis gewinnen. Dazu ist es notwendig, dass wir den Kampf gegen Faschismus auch mit Kämpfen gegen Sozialabbau und Rassismus politisch verbinden. Es sei hierbei soviel verraten, dass es in Wolfsburg schon erste Ansätze für organisierte Selbstschutzgruppen gibt.

Für uns liegt die Perspektive in solchen Mobilisierungen auch immer darin, antikapitalistisches Bewusstsein unter möglichst breiten Massen zu verbreiten. Es ist und bleibt unser Ziel den Kapitalismus zu zerschlagen, um dem Faschismus den Nährboden zu entziehen und ihn endgültig zu vernichten.

Interview: Wladek aus Kreuzberg

Das Flugblatt von REVOLUTION Wolfsburg („Naziaufmarsch in Hildesheim zetreten!") gibt es auf ☛ www.revolution-wolfsburg.de.vu

Free Mário!

Antifaschist aus Bratislawa sitzt seit sechs Jahren in Haft

Im August 2004 erschien Mario Bango, ein 21jähriger Roma-Aktivist, vor Gericht zum Berufungsverfahren gegen seine Verurteilung zu 12 Jahren Gefängnis. Sein Verbrechen? Die rassistische slowakische Regierung und Justiz sprechen von versuchtem Mord. Die Wahrheit ist, dass Mario ins Gefängnis kam, weil er seinen Bruder und sich selbst gegen den Angriff eines bekannten Faschisten verteidigte. Das Ergebnis des Berufungsverfahrens – eine Verkürzung der Haftstrafe um 2 Jahre – ist nur ein schwacher Trost.

In diesem Monat – dem sechsten Jahrestag von Marios Inhaftierung – rufen wir erneut alle AktivistInnen, alle AntirassistInnen und alle ArbeiterInnen auf, für die bedingungslose Freilassung von Mario Bango zu kämpfen.

Im März 2001 wurden Mario und sein Bruder Edo (der schon mal nach einer faschistischen Attacke im Krankenhaus gelegen hatte) die Opfer eines rassistischen Angriffs in einem Bus in der Hauptstadt Bratislava. Mario hatte ein Messer zur Selbstverteidigung dabei, da Roma in der Slowakei häufig Opfer von Angriffen werden. Er benutzte es, um den Angreifer Branislav Slamka abzuwehren. Dieser bekannte Faschist starb einige Wochen später im Krankenhaus wegen einer Hirnblutung – einer Verletzung, die nach Meinung der Ärzte nicht mit den Verletzungen zusammenhing, die Mario dem Faschisten beibrachte.

Während des folgenden Verfahrens war Mario krassen Vorurteilen ausgesetzt. Die Medien ignorierten den rassistischen Angriff, der den Vorfall verursachte, die Anklage änderte den Vorwurf der „schweren Körperverletzung" in „versuchten Mord" und der Höhepunkt war eine Schweigeminute des slowakischen Parlaments für den Angreifer Slamka – ein Gedenkakt wie sonst nur zu außergewöhnlichen Anlässen, wie dem NATO-Angriff auf Jugoslawien. Das und die Tatsache, dass Slamkas Familie von Robert Fico vertreten wurde – einem rechten rechtspopulistischen Politiker, der nun Premierminister der Slowakei ist – wirft ein Licht auf die rassistische Agenda.

Fakt ist, dass Mario sich selbst verteidigte. Er hat den Angriff nicht ausgelöst, er war der erste, der die Polizei rief und er wartete, bis sie kam; er zeigte Bedauern über Slamkas Verletzungen und der psychologische Bericht zeigt, dass seine Handlungen spontan und eine Reaktion auf die Ereignisse waren. Hinzu kommt noch seine Bereitschaft, Slamkas Familie eine Entschädigung zu zahlen und sein leeres Vorstrafenregister, und damit handelte es sich offensichtlich nicht um eine vorsätzliche Tat. Trotz dieser Informationen wurde Mario 2003 vom Regionalgericht zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt.

Mario wurde in den Medien als Verbrecher dargestellt, der einen unschuldigen Jungen umbrachte, während die faschistischen Verbindungen Slamkas von den Zeitungen völlig übersehen wurden. Zeitungen, die auch sonst schnell dabei sind, Roma für alles verantwortlich zu machen, was in der Slowakei falsch läuft. Mario ist wie sein Bruder ein aktiver Kämpfer gegen diesen institutionellen Rassismus gegen die Roma. Jetzt sind wir dran, für ihn zu kämpfen.

Was können wir tun? Jede Aktion hilft! Macht Marios Fall bekannt und helft mit, internationale Unterstützung für diesen Fall gegen Rassismus und Faschismus aufzubauen! Schreibt an Zeitungen, in Internet-Foren, an die Slovakische Regierung, um eure Unterstützung für Mario auszudrücken. Je mehr Öffentlichkeit der Fall bekommt, desto mehr politischer Druck wird auf die Regierung gemacht, um Mario sofort freizulassen.

Mario kann Englisch lesen, also warum ihm keinen Brief schreiben um eure Unterstützung zu zeigen? Die effektivste Form der Unterstützung für Mario ist, Arbeiter- und antifaschistische Organisationen dazu zu bringen, Marios sofortige Freilassung zu fordern als Teil des Kampfes gegen Rassismus und Faschismus.

Mario hat bereits fast sechs Jahre im Gefängnis verbracht. Seine Jugend wurde ihm gestolen von einem rassistischen Staat, einem Staat der schamlos und aktiv faschistische Gewalt verteidigte. In unseren jeweiligen Städten und Ländern sehen wir wie die Polizei, der Staat, Faschisten vor denen beschützt, die ihre Gemeinschaften verteidigen. Wir können nicht darauf setzen, dass der Staat uns vor diesem Abschaum beschützt. Wir müssen es selber tun.

★ Sofortige Freilassung für Mario Bango!
★ Selbstverteidigung ist kein Verbrechen!
★ Stoppt die Unterdrückung der Roma!

iREVOLUTION-Koordinierung, 10. März 2007

Marios Addresse:
Mário Bango
PS41
019–17 ILAVA
Slovensko (Slowakei)

Die Februarrevolution

Die Russische Revolution begann mit dem Frauentag am 8. März

Die russische Revolution – die erste sozialistische Revolution der Geschichte – begann vor 90 Jahren, im Februar 1917. Das Besondere an der Februarrevolution war, dass die Massen sie gewissermaßen alleine, das heißt ohne die Führung einer revolutionären Partei, durchführten. Die sozialistischen Parteien waren Anfang 1917 auch alles andere als dazu fähig: Die AnführerInnen der reformistischen Partei der Menschewiki, der Bauernpartei der Sozialrevolutionäre und der revolutionären Partei der Bolschewiki waren im Exil, viele von ihnen wurden gleich nach dem Ausbruch des Weltkrieges verhaftet.

Seit Kriegsbeginn waren nun zweieinhalb Jahre ins Land gegangen. Das Zarenreich war militärisch am Ende – die ökonomische und soziale Krise vertiefte sich stets. Russland hatte eine kleine aber gut organisierte Arbeiterklasse in der Industrie. Aber es blieb ein Agrarland: rund 80% der Bevölkerung lebte auf dem Land unter der Herrschaft der Großgrundbesitzer, die die Bauern rücksichtslos ausbeuteten.

Heraus zum Frauentag!

Dann kam der 23. Februar (nach unserem Kalender der 8. März – alle weiteren Daten nach dem alten Kalendar) 1917, der internationale Frauentag. An diesem Tag kam es traditionell zu Demonstrationen und Streiks. Doch selbst das bolschewistische Komitee des Arbeiterbezirks Wyborg in der Hauptstadt Petrograd/St. Petersburg sprach sich gegen Streikaktionen aus. Die RevolutionärInnen glaubten, dass die Arbeiterinnen in dieser gespannten Lage und mit so geschwächten Organisationen eine katastrophale Niederlage erleiden würden.

Die Textilarbeiterinnen einiger Betriebe jedoch kümmerten sich nicht um die Sorgen der Organisationen und traten am Morgen des 23. Februars in den Streik. Sie liefen gleich hinüber zu den Metallbetrieben, um auch diese auf die Straße zu bringen. 90.000 ArbeiterInnen traten schließlich in den Streik. Sie hielten Versammlungen ab und demonstrierten für Brot und gegen Krieg und die Diktakur des Zaren.

Es gab zahlreiche Zusammenstöße mit der Polizei. Von den WyborgerInnen ermutigt, gingen am nächsten Tag auch ArbeiterInnen anderer Bezirke auf die Straße – die Hälfte aller IndustriearbeiterInnen Petrograds war im Streik. Am 24. Februar und den folgenden zwei Tagen breitete sich die Bewegung immer weiter aus, immer mehr ArbeiterInnen schlossen sich den Massenaktionen an.

ArbeiterInnen und Soldaten

Die Straßenschlachten, die sich ArbeiterInnen mit der Polizei lieferten, waren brutal und von gegenseitigem Hass geprägt. Aber die ArbeiterInnen gingen von Beginn an ganz anders auf die Soldaten zu. Sie drängten an die Soldaten heran, diskutierten, riefen ihnen zu. Und immer wieder geschah es: Sperrketten wurden durchlässig, Bajonette hoben sich, Soldaten behinderten Polizeiaktionen. „Schießt nicht auf eure Brüder und Schwestern!" schallte es den Soldaten entgegen. Denn die Armee war regelrecht aufgequollen, angefüllt mit einfachen Arbeiter- und Bauernsöhnen. Jede/r Arbeiter/in hatte irgendeinen Verwandten in der Armee und die Arbeiterschaft war ständig in Kontakt mit Angehörigen der Garnisonen. In der „Geschichte der Russischen Revolution schrieb Leo Trotzki dazu: *„Im ganzen Lande fanden sich keine ... Truppenteile, die es gewagt hätten, zum Schutze des alten Regimes aufzustehen."*

Schon zwei Tage nach dem Beginn der Revolution war Wyborg vollständig in Arbeiterhand. Die Polizisten dort waren geflohen, die Polizeireviere zerstört. Trotz Verhaftungen und Schießbefehl waren die ArbeiterInnen auch am 26. Februar auf der Straße. Am Abend meuterte eine Kompanie des Pawlowski-Regiments und eilte zur Newa-Fluss, wo die Offizierschüler des Regiments es gewagt hatten, in die Menge zu schießen.

Als die ArbeiterInnen sich dann am Morgen des 27. Februar auf Versammlungen entschieden, „den Kampf fortzusetzen" konnte dies nur noch eins heißen: bewaffneter Aufstand! Die Soldaten des Wolynski-Regiments schlossen sich als erste den ArbeiterInnen an. Die Soldaten liefen zu anderen Kasernen, um auch die dortigen Soldaten zum Aufstand zu bewegen. Zielstrebig eroberten die ArbeiterInnen und Soldaten Polizeireviere, entwaffneten Polizisten und holten die politischen Gefangenen aus den Gefängnissen. Der Aufstand weitete sich aus auf die Petrograd umgebenden Garnisonen – die Regierung hatte schließlich keine Truppen mehr zur Verfügung.

Was macht das Parlament?

Im Taurischen Palais war das zaristische Parlament, die Duma, untergebracht. Schon am 26. Februar hatte Zar Nikolaus die Auflösung des Parlaments beschlossen, weil die Duma neue Minister gefordert hatte – wohl in der Hoffnung, das Volk zu beruhigen. Nun, am 27. Februar, saßen die Parlamentarier in einer Privatberatung zusammen und überlegten, wie die kapitalistische Ordnung überleben könnte. Sollte man einen populären General zum Diktator ernennen? Sollte die Duma erklären, sie übernehme die Macht? Den Herren Politikern war bange, denn die Macht war in den Händen der aufständischen Massen.

Ob die alte Gesellschaft noch gerettet werden konnte, entschied sich in einem anderen Flügel des Palais. Dort bildeten VertreterInnen der Petrograder Arbeiterschaft einen Sowjet – einen Arbeiterrat. Bei der Sitzung wurde u.a. ein Exekutivkomitee gewählt und die ReformistInnen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre bekamen die Führung. Diese Parteien hatten – wie damals die SPD – die Theorie, dass auf die Monarchie erst eine bürgerlich-demokratische Demokratie folgen müsse, in der dann die Sozialisten durch das Parlament die Macht erringen und den Sozialismus einführen könnten. Für diese Leute war es deswegen selbstverständlich, sofort zu den Duma-Mitgliedern hinüberzulaufen und sie darum zu bitten, die Macht zu übernehmen.

Nachdem die reformistischen Sozialisten sich den Dumaleuten unterworfen hatten, fingen die liberalen Politiker nun an zu diskutieren, ob man nicht auch noch das Zarentum retten könne. Zar Nikolaus hatte doch zu Gunsten seines Bruders Michail abgedankt. Aber der Großfürst Michail hatte kein Interesse, seinen Kopf zu riskieren und lehnte ab.

Demokratie – und dann?

In wenigen Tagen hatten die ArbeiterInnen Petrograds das jahrhundertealte Zarenreich gestürzt. Die Massen hofften, dass der Hunger und der Krieg zusammen mit der verhassten Diktatur verschwinden würden.

Aber das neue bürgerlich-demokratische Regime war kaum in der Lage, die dringendsten Probleme des Landes zu lösen: die bürgerlichen Politiker waren zu eng an die Großgrundbesitzer gebunden, um Land an die Bauern zu verteilen; die russische Diplomatie war zu eng an die Entente gebunden, um sich aus dem Krieg herauszuziehen; die Kapitalisten konnten die Forderungen der ArbeiterInnen (wie nach dem 8-Stunden-Tag) kaum erfüllen. Die neue Regierung wusste, wenn sie die Massen für eine Vertiefung der Revolution mobilisieren würde, wäre ihre eigene Herrschaft bald in Gefahr.

Kurz: die bürgerliche Demokratie war gerade noch in der Lage, den Zaren abzusetzen, und laut den bürgerlichen Poltikern sollte die Revolution keinen Schritt weitergehen. Aber nun waren alle Arbeiterorganisationen auf einmal legal und einige von ihnen kämpften für eine weitergehende Perspektive. Die überall entstehenden Arbeiter- und Soldatenräte, die breite Massen einbezogen, hatten ein riesiges Potential für die Umgestaltung des Landes, was aber erst sehr wenige AktivistInnen erkannten.

Der Verrat der Februarrevolution schaffte den Kapitalisten nur eine kurze Verschnaufpause. Denn die Februarrevolution sollte nur das erste Kapitel der russischen Revolution sein.

von Jalava aus Kreuzberg

die Revolution ging nach Februar weiter – diese Serie auch

KULTURREVOLUTION





Pans Labyrinth

Wenn ein kleines Mädchen Abenteuer mit Feen, Faunen und Riesenkröten erlebt, macht das erst mal nicht den Eindruck eines politischen Films. Aber solche Märchen können politisch sein, wenn sie vor dem Hintergrund des spanischen Faschismus spielen.

Im Jahr 1944 muss das kleine Mädchen Ofelia zusammen mit ihrer Mutter in ein kleines Dorf ziehen, um bei ihrem Stiefvater, einem faschistischen Offizier, zu sein. Das Mädchen lernt alle Arten von Fantasiewesen im Wald kennen, aber beginnt auch auf die „Männer vom Berg", also die antifaschistischen Guerilleros, aufmerksam zu werden. Als Folter, Terror und Hunger unter dem faschistischen Regime zunehmen, verwandelt sich die Märchenwelt zunehmend in einen Albtraum.

Die Faschisten wirken nicht besonders menschlich oder nachdenklich („Die Roten erzählen, alle Menschen seien gleich, aber das stimmt nicht, denn wir haben gewonnen und sie haben verloren"), dennoch werden sie nicht einfach als „Monster" dargestellt. Man bekommt einen Blick in den Kopf des sadistischen Kapitäns – er ist mit dem eigenen Tod besessen, weil er sehr früh von einem ebenfalls todeswahnsinnigen Vater verlassen wurde. So kann er sich schlicht kein anderes Leben vorstellen, als die „Ehre" und die „Tradition" zu wahren, jede freiheitliche Regung grausam zu unterdrücken und vor dem Tod – möglichst in der Schlacht – einen ebenso verrückten Sohn in die Welt zu setzen.

Die Tränen kommen hoch, nicht so sehr weil die Märchenwelt des Kindes durch die graue Realität verdrängt wird, sondern weil die ZuschauerInnen schon das Geschehen nach dem Ende des Filmes kennen. Der heldenhafte Kampf der „Maquis" (antifrankistischen Guerrilleros) war zum Scheitern verurteilt, weil die Stalinisten Hoffnung auf die Hilfe der „demokratischen" imperialistischen Mächten hegten. Diese „Antifaschisten" stellten aber schnell fest, dass das Franco-Regime ein zuverlässiger Verbündeter im Kampf gegen den Kommunismus war.

Zweifelsohne ist der Film deprimierend. Dennoch ist es gleichzeitig ein Film der Hoffnung – wir kämpfen nicht nur gegen die faschistischen „Ungeheuer", sondern für eine Welt, in der Kinder niemals hören müssen, dass die Welt viel „komplizierter", d.h. ungerechter und grausamer ist als in Märchen. Eine Welt, in der wir alle Prinzen und Prinzessinnen sein können.

von Huey aus Kreuzberg

Fast Food Nation

Hollywood setzt auf Diät. Man sucht Distanz zu den Fast-food-Ketten. Nachdem der Dokumentarfilm „Super Size Me" endlich bewies, daß deren Imbißangebote dick machen, wurde auch das ähnlich gewichtende Sachbuch „Fast Food Nation" zu einem Spielfilm fiktionalisiert.

Greg Kinnear eröffnet den Film als ein Marketing-Typ bei der Burgerkette „Mickey's", der gerade den neuen Burger „The Big One" promotet. Entscheidend sei der Geschmack: Er riecht an einem kleinen Fläschchen: *„Wow, schmeckt wie frisch vom Grill!"* Ein Labortechniker im weißen Kittel fragt: *„Soll ich flüssigen Rauch oder so einmischen?"* Nein, es ist perfekt!

Aber leider steht auch fest, daß der Fäkalienanteil im Fleisch zu hoch ist, und als Kinnear nach Colorado fährt –der Scheiße auf der Spur, quasi– erfahren wir, wie verschiedenste Menschen zu Opfern der Fast-Food-Industrie werden: Scheißessen, Scheißjobs, Scheißkonzerne, und richtige Scheiße in den Burgers.

Ganz viele Figuren kommen und gehen, ohne daß interessante Sachen mit ihnen geschehen: Mexikanische ImmigrantInnen überqueren die Grenze, um in einem riesigen Schlachthof zu arbeiten; nervige StudentInnen träumen davon, Kühe zu befreien; Teenager schuften am Grill und planen einen Überfall auf den Laden; Familien diskutieren über Lebensperspektiven ohne irgendeinen erkennbaren Bezug zu Fast food. Ein netter Rancher beschwert sich, daß die Fleischhändler zu mächtig sind – dann sehen wir ihn nie wieder. Ihre Geschichten bleiben unverbunden. Vermutlich sollten nur ein paar Berühmtheiten für die Promotion des Films auftauchen: Patricia Arquette, Bruce Willis, Ethan Hawke usw.

Ein solcher Ansatz muß zwangsläufig auf dem Schlachthof enden: Ja, es ist ganz schön ekelig, wenn Blut literweise aus dem noch lebenden Rind spritzt. Aber soll das die große Enthüllung sein? Den Figuren im Film jedenfalls passiert nichts. Am Ende erinnert der Film stark an ein Essen bei McDonald's: Man hat viel konsumiert, ist aber nicht satt. Von Anfang bis Ende schmeckt alles gleich, und man kann sich an keiner Stelle aufregen. Andererseits zeigt „Fast Food Nation", daß das sterile, gleichförmige Leben in den US-amerikanischen Vorstädten an sich schon tragisch genug ist. Man hat keine Energie mehr übrig, um sich eine Geschichte auszudenken. Die Fast-Food-Ketten bieten leider keine an.

von Wladek aus Kreuzberg

Organize

REVOLUTION ist eine internationale kommunistische Jugendorganisation. Wir kämpfen gegen Krieg, Sozialabbau, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Rassismus, Sexismus, Faschismus, Umweltzerstörung – aber vor allem gegen die Ursache dieser Probleme: den globalen Kapitalismus. Zusammen mit GenossInnen auf der ganzen Welt treten wir für eine World Revolution ein. Willst du mitkämpfen? Schick uns eine Mail oder schau einfach mal vorbei!

Revo Berlin

Treffen: Café Rojo – siehe Seite 2
☛ www.revolution.de.com
berlin@revolution.de.com

Revo Bernau

Treffen: jeden Mittwoch um 15.15 Uhr
Dosto, Breitscheidstr. 43a (Kulturhof)
☛ www.revolution-bernau.de.vu
bernau@revolution.de.com

Revo Plauen

Treffen: jeden Freitag – Ort erfragen
☛ www.revolution-plauen.de.vu
plauen@revolution.de.com

Revo Wolfsburg

Treffen: jeden Donnerstag um 17.30 Uhr
Jugendhaus Ost, Walter-Flex Weg 2
☛ www.revolution-wolfsburg.de.vu
wolfsburg@revolution.de.com

Revo Weltweit

International ☛ www.iREVOLUTION.int.tc
CH ☛ www.revolution.ch.tc
CZ ☛ www.revo.cz.tc
AU ☛ www.revo.au.tt
„Partei"jugend ☛ www.worldrevolution.info
UK ☛ www.worldrevolution.org.uk
SE ☛ www.revolution.se
AT ☛ www.revolution-aus



Unabhängigkeits-erklärungen

mit Texten von Liebknecht, Lenin, Trotzki usw.

www.onesolutionrevolution.de
1€



Der Weg zur Revolution

Manifest von REVOLUTION

0,50 €
REVOLUTION
DO IT YOURSELF!
Eine REVOLUTION-Gruppe vor Ort selber aufbauen.
STREIK

Do It Yourself!

Eine REVOLUTION-Gruppe vor Ort selber aufbauen.

Forum

Willst du diskutieren?
Dann besuche das Revo-Forum:
☛ http://forum.revolution.de.com

V.i.S.d.P.: R. Müller, Hamburg

Don't want to be a European idiot!

Kommt zur Demonstration gegen den EU-Gipfel!
Sonntag, 25.3 ★ 14 Uhr ★ Alexanderplatz ★ Berlin

„Europa vereinigt sich – hurra!" Die Regierung will, dass du die Europäische Union bejubelst. In diesem Sinne organisiert sie ein großes Fest am 25. März 2007.

Die Regierungen, die Konzerne, die Reichen und Mächtigen in Europa haben jeden Grund zu feiern. Die EU bedeutet für sie höhere Profite sowie mehr wirtschaftliche und militärische Macht.

Doch uns – den SchülerInnen, Studierende, ArbeiterInnen, Arbeitslose und MigrantInnen auf dem Kontinent –, kann die Party gespart bleiben. Denn die EU steht für:

- € Kürzungen in der Bildung – Die EU treibt die Privatisierung des Bildungswesens voran, was Verschlechterungen auf der Schule und auf der Uni bedeuten und dazu immer höhere Gebühren.
- € Sozialabbau – Überall in Europa wird gekürzt, bei der Arbeitslosenhilfe, bei der Rente, im Gesundheitswesen, und die Europäische Kommision koordiniert diese „Reformen".
- € Rassismus – Während die Grenzen im „vereinigten Europa" angeblich verschwinden, werden die Außengrenzen verstärkt, immer mehr Flüchtlinge werden abgeschoben oder gleich an der Grenze abgewiesen.
- € Krieg – Die europäischen Staaten rüsten auf und machen mehr Auslandseinsätze als je zuvor. Europäische Soldaten sind in Duzenden Ländern statitioniert, um die Interessen der Konzerne zu sichern.

Everything isn't meant to be okay.

Überall in Europa gibt es Widerstand gegen diese Politik. An vorderster Front stehen meist Jugendliche, z.B. bei der Besetzung von über 300 Universitäten in Griechenland oder bei den Massenprotesten gegen die Aufhebung des Kündigungsschutz für Jugendliche in Frankreich. Auch in Berlin haben Jugendliche eine wichtige Rolle gespielt, als z.B. fast 10.000 SchülerInnen gegen die Kürzungen des Berliner Senats demonstrierten.

Die „Vereinigung Europas" bedeutet die Vereinigung der europäischen Kapitalisten. Aber es ist möglich, dass die Opfer der EU-Politik sich grenzübergreifend vereinigen. Das beste Beispiel hierfür lieferten die europäischen HafenarbeiterInnen: Als das Europäische Parlament ein Gesetzespaket diskutierte, das für sie Lohnkürzungen, Entlassungen und schlechtere Arbeitsbedingungen bedeutet hätte, haben sie einen Streik in Häfen in ganz Europa organisiert und auf einer Demo vor dem Europäischen Parlament rund 100m2 Glasfassade zerstört. Damit haben sie das Gesetz zu Fall gebracht. D.h. wenn wir geschlossen und international handeln, können wir die Angriffe der EU zurückschlagen.



Die Bewegungen gegen Sozialabbau müssen wir nicht nur europaweit, sondern weltweit zusammenführen. Denn auch in Amerika, Asien und Afrika leiden Menschen unter Armut, Ausbeutung, Perspektivlosigkeit.

Now everybody do the propaganda!

Die Propaganda für die EU deutet immer wieder an, die EU sei friedlicher, sozialer, besser als die USA. Aber in Wirklichkeit haben die europäischen Mächte ähnliche Interessen wie die USA – auch sie brechen Kriege vom Zaun, um Ressourcen zu sichern und Märkte zu erobern. Die EU-Staaten sind aber momentan schwächer und deswegen weniger aggressiv. Genau diese Schwäche soll durch den Aufbau der Europäischen Union überwunden werden.

Es gibt eine Alternative zur Herrschaft der Konzerne. Die Kontrolle über die Gesellschaft muss den Großkonzernen und staatlichen Bürokraten entrissen werden. Wenn wir uns organisieren, können wir ArbeiterInnen und Jugendliche selbst die Wirtschaft kontrollieren und zum Wohl aller, statt für die Profite einiger weniger, produzieren. Mit einem Wort: Sozialismus!

Dazu müssen wir die Konzerne und ihren Staatenbund, die EU, bekämpfen und zerschlagen. Wir brauchen eine Revolution! Wenn die Kapitalisten sich europaweit zusammentun, um auf dem Weltmarkt besser konkurrieren zu können, kann unsere Antwort nur darin bestehen, dass wir uns auf weltweiter Ebene organisieren.

- ★ Auf die Straße gegen den EU-Gipfel!
- ★ Gegen das Europa der Konzerne!
- ★ Für ein Europa der ArbeiterInnen und Jugendlichen!
- ★ Für sozialistisches Europa in einer sozialistischen Welt!

Aufruf von REVOLUTION Berlin

Bündnisseite: www.anti-eu-info

